

Warum die Hans Eberle AG unter den US-Zöllen leidet

Die Hans Eberle AG in Ennenda steckt wegen der US-Zölle in Kurzarbeit. Geschäftsführer Andreas Zweifel erklärt im Interview, wie ein bedeutender Starbucks-Grossauftrag die Lage verschärft.

Marco Lüthi

Die Schweizer Kaffeemaschinen-Industrie leidet stark. Laut dem Wirtschaftsportal «cash.ch» steht sie gar vor einer Krise. Grund sind die Importzölle von 39 Prozent, die US-Präsident Donald Trump auf Schweizer Produkte verhängt hat. Besonders betroffen ist Thermoplan in Weggis. Die Firma am Vierwaldstättersee baut alle Maschinen für die mehr als 40 000 Filialen des Kaffeegiganten Starbucks. Allein dort schlagen die Strafzölle mit rund 200 000 Franken Zusatzkosten pro Woche zu Buche. Firmenchef Adrian Steiner warnt, über 500 Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel.

Mitten in diesem Sturm steckt auch ein Glarner Familienunternehmen: Die Hans Eberle AG aus Ennenda liefert seit 2019 fast alle Blechbauteile für die «Mastrena 2», die Starbucks-Kaffeemaschine schlechthin. «Natürlich spüren wir mit 50 Prozent weniger Bestellungen die Auswirkungen der US-Zölle», sagt Geschäftsführer Andreas Zweifel. Bis im Frühling produzierte das auf Blechbearbeitung spezialisierte Unternehmen monatlich Komponenten für rund 800 Kaffeemaschinen – jede davon aus 50 Einzelteilen aus Chromstahl gefertigt.

Andreas Zweifel, steht die Hans Eberle AG auch vor einer Krise – oder ist gar schon mittendrin?

Die Frage ist, was man als Krise bezeichnet. Sicher ist: Es ist eine schwierige Zeit. Wir hatten eine Jahresplanung, uns mit den Kunden abgestimmt und die nötigen Mitarbeitenden bereitgestellt. Doch jetzt kommt viel weniger Arbeit rein – entweder haben wir zu wenig Aufträge für die Leute oder zu viele Leute für die Aufträge. Im Sommer waren wir über 20 Prozent hinter Budget. Anfang Jahr sah es noch gut aus, die ersten vier Monate waren wir auf Kurs. Doch mit den Trump-Zöllen hat sich das verstärkt. Seither sind wir in Kurzarbeit. Gleichzeitig versuchen wir, mit natürlicher Fluktuation – etwa Pensionierungen – die Lohnkosten zu senken. Und wir müssen klarer unterscheiden zwischen Notwendigem und Wünschbarem.

Wie wichtig ist der Starbucks-Grossauftrag von Thermoplan für Ihr Unternehmen?

Er ist bedeutend, aber nicht entscheidend. Thermoplan gehört zu unseren grösseren Kunden, doch wir haben andere, die noch stärker vom US-Markt abhängen. Aber ohne den Rückgang beim Starbucks-Auftrag hätten wir wohl ein normales Jahr, weil wir die übrigen Ausfälle kompensieren können.

Hat die Krise bei Thermoplan gar zu einem Auftragsstopp geführt?

Nein, gestoppt wurde nichts. Aber die Bestellungen sind deutlich zurückgegangen. Aktuell um über 50 Prozent. Im April, als die ersten Zölle eingeführt wurden, war der Rückgang noch moderat, inzwischen spüren wir ihn klarer.

Starbucks schliesst weltweit Filialen, auch in der Schweiz. Macht Ihnen das zusätzlich Bauchweh?

Nein, das nicht. Starbucks ist ein brutales Paradebeispiel, bei der die US-



Spezialisiert auf Blechbearbeitung: Die hohen US-Zölle machen dem Ennendaner Familienunternehmen Hans Eberle AG schwer zu schaffen – dennoch blickt Geschäftsführer Andreas Zweifel optimistisch in die Zukunft. Bild: Sasi Subramaniam

Politik, wenn man von Politik sprechen darf, eine amerikanische Firma trifft: Starbucks importiert Kaffeebohnen aus Brasilien, muss deshalb die Preise erhöhen, was Kundschaft

«Es wird ein neues Gleichgewicht geben, und dann geht es weiter.»

Andreas Zweifel
Geschäftsführer Hans Eberle AG

kostet. Gleichzeitig sind die Kaffeemaschinen durch die Zölle massiv verteuert – Ersatzteile sogar mit bis zu 50 Prozent. Und dann ist da noch China, wo Starbucks zuletzt stark expandierte, die Filialen nun aber leer bleiben. Der Konzern wird also an drei Fronten abgestraft.

Thermoplan will ab Anfang 2026 die Montage der Starbucks-Kaffeemaschinen nach Deutschland verlagern. Ein Glücksfall für Sie?

Für uns ändert sich vorerst nichts. Wir liefern weiterhin nach Weggis, wo Thermoplan hochmoderne Produktionsanlagen betreibt. Von dort gehen die Module nach Deutschland, wo die Endmontage erfolgt. Dort werden die Software und die letzten Schrauben eingesetzt – genug, damit die Maschine als «Made in Germany» gilt und nur noch 15 statt 39 Prozent Zoll anfällt. Geplant ist zudem, dass eigene

Mitarbeitende wochenweise in Hockenheim arbeiten. Insgesamt ist das klar als Übergangslösung gedacht.

Und was, wenn nicht?

Sollte die Schweiz dauerhaft bei 39 Prozent bleiben oder die US-Zölle gar weiter steigen, könnte der Thermoplan-Standort in Deutschland ausgebaut und die Lieferkette angepasst werden. Das sind allerdings mittelfristige Prozesse, die Zeit brauchen – Zeit, die auch uns ermöglicht, uns entsprechend neu auszurichten.

Gibt es einen Plan B für den Fall, dass Grossaufträge wie dieser wegbrechen?

Einen fixen Plan B gibt es nicht, aber wir akquirieren laufend neue Kunden. In den letzten Wochen konnten wir einige Aufträge gewinnen – ein grösserer wirkt bereits kurzfristig. Kompensieren lässt sich damit nicht alles, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wichtig ist: Wir sind ein Zulieferer ohne eigenes Produkt. Unsere Stärke ist die Entwicklung und Fertigung von Bauteilen gemeinsam mit den Kunden. Das zwingt uns, ständig dran zu bleiben.

Ihre Firma hat Anfang August Kurzarbeit eingeführt. Wie viele Mitarbeitende sind davon betroffen?

Das variiert von Monat zu Monat. Im Moment sind es rund 70 Mitarbeitende von insgesamt 170. Betroffen von Kurzarbeit sind zehn von 15 Bereichen; vor allem in der Produktion. Der Vertrieb und die Entwicklung hingegen arbeiten Vollgas – dort gibt es sogar fast zu viel Arbeit.

Steht auch ein Stellenabbau im Raum?

Wir versuchen mit allen Mitteln, das zu verhindern. Mit Kurzarbeit, natürlicher Fluktuation – das alles hilft. Aber wenn die schwierige Lage länger als ein Jahr anhält, kommen wir nicht darum herum, einige Stellen abzubauen. Von Massentlassungen spreche ich nicht, eher von vielleicht zehn Personen. Es wäre schmerzhaft, auch weil wir wissen: Nach jeder Krise geht es wieder hoch, und dann fehlen uns diese Fachkräfte.

Trotzdem wirken Sie optimistisch. Warum?

Weil wir eine gute Basis haben. Ja, es ist eine Krise, besonders für die exportierende Industrie in der Schweiz. Aber wir haben schon andere schwierige Situationen gemeistert. Es wird ein neues Gleichgewicht geben, und dann geht es weiter. Vielleicht nicht so rasant wie nach Corona, aber sicher mit einem Nachholbedarf. Und wir sind vorbereitet: neue Projekte, neue Kunden, neue Produkte. Das gibt mir Zuversicht.

Heisst das, das Wichtigste ist, sich nicht von einem Grossauftrag abhängig zu machen?

Absolut. Unsere Strategie ist bewusst breit abgestützt: viele Kunden, verschiedene Grössen und unterschiedliche Branchen: von Kaffeemaschinen über Maschinenbau bis zur Medizintechnik. So sichern wir uns ab. Denn irgendwo ist immer Krise, aber irgendwo läuft es auch immer.

Aufarbeitung von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen

Glarnerland Glarus hat ein Forschungsprojekt über fürsorgerische Zwangsmassnahmen in Auftrag gegeben. Damit soll ein dunkles Kapitel des Kantons aufgearbeitet werden, in dem Minderjährige oft ohne rechtliche Grundlage in Heimen platziert und als billige Arbeitskräfte ausgenutzt wurden.

Der Regierungsrat beauftragte die Historikerin Julia Rhyner-Leisinger mit der Aufarbeitung und bewilligte dafür einen Kredit von 40 000 Franken. Das schrieb der Kanton am Freitag in einer Medienmitteilung.

Betroffene würden noch heute leiden unter den Ungerechtigkeiten und der oft schlechten Behandlung in Anstalten wie dem Idaheim in Näfels, dem Flueblüemli in Braunwald, dem Mädchenheim Mollis, dem Haltli Mollis, der Linthkolonie Ziegelbrücke und dem Kinderheim Santa Maria in Diesbach.

Die Eingriffe der Behörden werden gemäss Mitteilung systematisch analysiert und historisch eingeordnet. Der Untersuchungszeitraum reiche von den 1920er-Jahren bis heute. Zur Nachvollziehbarkeit der Entwicklungen würden auch auf das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert zurückgeschaut.

Es sei ein Anliegen, den Betroffenen Anerkennung für das erlittene Unrecht zu verschaffen und ihre Erfahrungen öffentlich sichtbar zu machen. Sie sollen in die Untersuchung eingebunden und ihre Stimmen mitberücksichtigt werden. (sda)



Fürsorgerische Zwangsmassnahmen: Zwangsplatzierte Kinder arbeiten 1930 im Mädchenziehungsheim Mollis für die Selbstversorgung. Bild: Archiv

Regierung genehmigt Vereinbarung mit der Krebsliga Ostschweiz.

Glarnerland Der Regierungsrat teilt mit, dass er eine Leistungsvereinbarung mit der Krebsliga Ostschweiz genehmigt hat.

Krebsregister leisten einen wesentlichen Beitrag bei der Beurteilung der Krebshäufigkeit und damit von Krebsrisiken. Die vollzählige und einheitliche Erfassung der Krebserkrankungen ermöglicht die Optimierung von Prävention, Früherkennung, Versorgung sowie Diagnose und Behandlung.

Zwischen 2008 und 2015 sowie ab 2018 bestand eine Vereinbarung zwischen dem Kanton Glarus und dem Kantonsspital Graubünden über die Führung des Krebsregisters für den Kanton Glarus. Diese wurde per 31. Dezember gekündigt. Das kantonale Krebsregister wird deshalb ab 1. Januar 2026 in das Krebsregister Ostschweiz überführt, dem bereits die Kantone St. Gallen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Thurgau und das Fürstentum Liechtenstein angeschlossen sind.

Der Regierungsrat genehmigt eine entsprechende Leistungsvereinbarung mit der Krebsliga Ostschweiz. (red)